

# Der Bote vom Geising

Erscheint wöchentlich dreimal:  
Dienstag, Donnerstags und Sonnabends mittags  
Wöchentliche Beilage: „Neue Illustrierte“  
Monatsbeilage: „Rund um den Geisingberg“

## Müglitztal-Zeitung

Bezugspreis für den Monat 1,15 RM. einschließlich Zustagen  
Anzeigen: Die viergespaltene 65 mm breite Millimeterzeile oder  
deren Raum 4 Pfg., die 3gesp. Reklame-mm-Zeile oder deren  
Raum 12 Pfg. — Nachtrag nach Tarif Nr. 1. — Nachschlüssel A  
Bei Zahlungsverzug erlischt der Anspruch auf etw. Nachschl.

Bezirksanzeiger für Altenberg, Geising, Lauenstein, Bärenstein und die umliegenden Dörfschaften

Dieses Blatt ist für die Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Stadtbehörden  
Altenberg, Geising, Lauenstein und Bärenstein behördlicherseits bestimmt

Druck und Verlag: F. A. Kunzsch, Altenberg, Poststraße 3. — Fernruf Lauenstein 427 — Postcheckkonto Dresden Nr. 11811 — Girokonto Altenberg Nr. 11 — Postfach Nr. 15

Nr. 130

Dienstag, den 6. November 1934

69. Jahrgang

### Der Führer gab der Arbeitsfront die staatsrechtliche Grundlage

Ein Markstein in der Geschichte der deutschen Sozialpolitik

Der Führer hat am 25. Oktober 1934 eine Verordnung über das Wesen und die Aufgabe der DAJ. erlassen. Man ist heute gewohnt, Aufrufe und Kundgebungen als etwas Selbstverständliches hinzunehmen. Organisatorische Veränderungen werden von der Öffentlichkeit als notwendige Verbesserungen der Verwaltung empfunden. Somit erscheint es angebracht, die Verordnung des Führers als eine Verordnung von ganz besonderer Tragweite herauszustellen. Der Führer hat bisher zweimal in die Gestaltung der Verbände eingegriffen: Einmal, als er den Befehl zur Auflösung der alten Gewerkschaften gab, und jetzt, indem er der Arbeitsfront nach beinahe anderthalbjähriger mühseliger Aufbauarbeit in einer Verfassungsaufgabe und Zweckbestimmung gibt. Der Führer hatte damals erkannt, daß die alten Verbände ihrer Zweckbestimmung nicht genügten und zudem für die Einheit des Volkes die aller schwerste Gefahr bedeuteten; er gab deshalb den Befehl zur Auflösung der Gewerkschaften und beauftragte Männer seines Vertrauens, ein neues Gebilde zu errichten, welches das schaffende Volk in seiner Gesamtheit umfaßt. Heute hält er den Zeitpunkt für gegeben, der nunmehr errichteten Deutschen Arbeitsfront Aufgaben zu stellen und ihr eine Verfassung zu geben.

Was hat nun der Führer verordnet? Er hat erstens die Deutsche Arbeitsfront zu einer Gliederung der NSDAF. im Sinne des Gesetzes vom 1. Dezember 1933 erklärt. Die DAJ. ist damit eine öffentlich-rechtliche Körperschaft geworden. Er hat ferner bestimmt, daß das Führerkorps der DAJ. die Mitglieder der in der NSDAF. vorhandenen Gliederungen der NSD., und NS.-Hago bilden sollen, des weiteren Angehörige der SA. und SS. In sozialpolitischer Hinsicht sind diejenigen Punkte der Verordnung von größter Bedeutung, die der DAJ. die Aufgabe zu weisen, den Ausgleich der berechtigten Interessen aller Beteiligten, d. h. der Unternehmer und Werksleute herbeizuführen. Zudem soll die Arbeitsfront die Anzahl der Fälle einschränken, die nach dem Gesetz vom 20. Januar 1934 den zur Entscheidung allein zuständigen Organen, d. h. den Treuhändern, zu überweisen sind. Die Deutsche Arbeitsfront hat also in Zukunft dafür Sorge zu tragen, daß in ihrem Organisationsbereich eine Vertretung berechtigter Interessen aller Beteiligten vorhanden ist und daß zugleich die Möglichkeit gegeben ist, nach Maßgabe der Sachlage selbst auszugleichen oder dem Treuhänder die bearbeiteten Sachen zu überweisen.

Schließlich wird der Arbeitsfront die Aufgabe übertragen, für die Berufsschulung Sorge zu tragen. Damit übernimmt die Deutsche Arbeitsfront die Verantwortung für die Leistungsfähigkeit und das berufliche Können eines jeden schaffenden Deutschen. Alle diese für viele völlig neuen Fragen und Möglichkeiten werden mit der Verordnung des Führers aufgeworfen und der DAJ. zur Lösung anvertraut. Diese Verordnung ist ein Markstein in der deutschen Sozialpolitik. Sie bedeutet unendlich viel mehr als die Auflösung der Gewerkschaften seinerzeit. Es ist eine Verordnung, die die Praxis der Sozialvertretungen völlig neu regelt und alle bestehenden Lücken ausfüllt. Das schaffende Deutschland ist dem Führer zu höchstem Dank verpflichtet.

Die Reichsberufsgruppen der Deutschen Arbeitsfront haben im 3. Vierteljahr an Stellenlosenunterstützung, Altershilfe, Invalidengeld, Notstandshilfe usw. insgesamt 957.502 RM. ausgezahlt.

## Das neue deutsche Recht

### Sachsens Juristen in Dresden

An der großen Kundgebung des Gaues Sachsen des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen im Dresdener Ausstellungspalast nahmen Vertreter der Staatsregierung, Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke, Vertreter der Gliederungen der Partei, der Beamenschaft und die Juristen aus Sachsen in großer Zahl teil.

Reichsstatthalter Rutschmann betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß die nationalsozialistische Weltanschauung die Plattform des Dritten Reiches darstelle; das Ziel sei die restlos durchgeführte Volksgemeinschaft, der auch das Recht dienen müsse. Die Gedankengänge des jüdischen Rechts müßten ausgeschaltet und die gesunde Rechtsanschauung zur alleinigen Grundlage des Rechtes gemacht werden.

Justizminister Dr. Thierack bezeichnete als die drei Ziele der sächsischen Juristentagung: erstens solle sie als Arbeitstagung der Erneuerung des materiellen Rechts, der Erneuerung der im Rechtsleben tätigen Menschen und der Erneuerung der Rechtspflege in Justiz und Verwaltung dienen; zweitens solle sie die einzelnen Rechtswahrer mit den Führern der juristischen Bewegung bekanntmachen und endlich der Anknüpfung von Beziehungen unter den einzelnen Teilnehmern dienen. In allem aber sollte die Erkenntnis reifen, daß sie sich niemals über das Volk stellen, sondern stets die Gemeinschaft des Volkes suchen müßte. Denn nicht in den intellektuellen Gaben des einzelnen liege sein Verdienst sondern in der Art, wie er diese Gaben für sein Volk verwende.

Wirtschaftsminister Lenz gab einen Überblick über die Entwicklung der sächsischen Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten. Aufgabe der Juristen sei es, dafür zu sorgen, daß das Wirtschaftsrecht den neuen Lebensformen des deutschen Volkes angepaßt und in einer Sprache abgefaßt werde, die allen Volksgenossen ohne Unterschied, ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, verständlich sei.

Landesbauernführer Körner sprach über die Bedeutung des neuen Reichserbhofgesetzes und hob die ausgezeichnete Zusammenarbeit bei den Anerbengerichten zwischen den Juristen und den Vertretern der Kreisbauernschaften hervor.

Es sprachen noch Gauwart Pq. Schaaf vom Deutschen Beamtenbund und Ministerialrat Dr. Wegner als Vertreter des NS-Arztebundes. Der Vorsitzende Dr. Kluge teilte mit, daß die sächsische Anwaltskammer beschlossen habe, 5000 RM für das Winterhilfswerk zur Verfügung zu stellen und die gleiche Summe zur Behebung der dringendsten Not in den Reihen der Anwälte.

Die Gautagung fand ihren Höhepunkt mit einer am Sonntagvormittag im Zirkus Sarrafani abgehaltenen großen öffentlichen Kundgebung.

Nach den Begrüßungsansprachen des Juristischen Gauführers, Bürgermeister Dr. Kluge, und des Gaugeschäftsführers Harbauer sprach Rechtsanwalt Dr. Goldhan, Dresden, über die „Volkserbhofenheit der deutschen Rechtswahrer im nationalsozialistischen Staat“, der Generalinspekteur des BNSD, Dr. Noack, über das staatsrechtliche und juristische Denken.

Der Reichsjuristenführer Staatsminister Dr. Frank wies zunächst darauf hin, daß das deutsche Volk einen klar gegliederten, menschlich einwandfrei zusammengefügten, treuen nationalsozialistischen Rechtsdienersstand brauche. Dabei wollen wir ohne den früheren Standesdünkel nichts

### Bereidigung der sächsischen Minister

Nach der Vereidigung der Reichsstatthalter durch den Führer nahm jetzt Reichsstatthalter Rutschmann die Vereidigung der sächsischen Staatsminister auf den Führer und Reichskanzler vor, und zwar des Innenministers Dr. Fritsch, des Wirtschaftsministers Lenz, des Justizministers Dr. Thierack, des Finanzministers Kamp, des Volksbildungsministers Dr. Hartnack und des Arbeitsministers Dr. Schmidt.

Reichsstatthalter Rutschmann sprach den Ministern folgende Eidesformel vor: „Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorlich sein, meine Kraft für das deutsche Volk einsetzen, die Befehle wahren und meine Geschäfte unparteiisch und gerecht gegen jedermann führen, so wahr mir Gott helfe!“

anderes sein als einfache Kämpfer in der kampfgelassenen Truppe Adolf Hitlers.

Die Aufgabe, die wir sehen, ist die, die Rechtswache des Führers zu sein.

Wir müssen dafür sorgen, daß der Nationalsozialismus in die deutsche Geschichte eingeht als Repräsentant einer gläubig aufgenommenen und durchgehaltenen Rechtsidee. Wir wollen dafür sorgen, daß der Gedanke lebendig bleibt, daß Recht vor der Macht geht und daß nur eine Macht vor der Geschichte besteht, wenn sie sich den ewigen Fundamenten der Rechtssicherheit, der Rechtswahrheit, der Rechtsklarheit und der Rechtsordnung eingefügt hat.

Eine Gewißheit sollen Sie von dieser Tagung mit in Ihren Dienstbereich nehmen: Hinter Ihnen und Ihrem Amt steht die Autorität der Bewegung und der Führer will, daß der unabhängige Richter als der Repräsentant des Rechtsgewissens der Nation unbehindert, frei und stolz als Führer zum sozialen Frieden seines Amtes walte. Sie sollen das Empfinden haben, daß es niemand gibt, der die Autorität des Rechtes irgendwie anfechten könnte und daß wir nationalsozialistischen Staatsführer glücklich in dem Gefühl, eine unabhängige Rechtspflege deshalb ertragen zu können, weil unser Dienst am Volk der Wahrheits- und Ewigkeitsdienst an den höchsten Werten unserer Nation ist und weil unser Gewissen in diesem Dienst rein ist.

Die Partei werde ihre Fahnen niemals sinken lassen. Daher sollen sich die Repräsentanten des Vergangenen nicht die Hoffnungen machen, daß wir weichen oder müde würden. Wir haben nie behauptet, daß wir zaubern können; wir haben auch nie ein Wunder prophezeit. Aber daß ein Adolf Hitler kam, ist auch ein Wunder; und das Wunder, daß er tätig sein kann, ist die Verpflichtung unserer Mannesehre.

Sie müssen als Repräsentanten des Rechtes dafür sorgen, daß aus Ihrem Verhalten im Dienst und außerhalb des Dienstes klar wird, daß Sie nicht nur auf dem Umweg über Ihren Amtsauftrag im Dienst des nationalsozialistischen Staates stehen, daß Sie vielmehr im Dienst dieses Staates stehen, weil Sie nationalsozialistischer Jurist geworden sind. Dabei möge Ihnen stets das eine Richtschnur sein:

Die Welt, die gegen Deutschland war und ist, seindet Adolf Hitler nicht an, weil er Deutschland schadet, sondern weil er Deutschland in eine glückliche Zukunft führt!

Diejenigen aber, die im Kampf gegen den Nationalsozialismus ihre Hoffnung auf die Welt richten, sollen es hören, daß wir auch vor der ganzen Welt die Fahne in Deutschland nicht streichen würden. Von unserer Generation hängt es ab, ob einige hundert Generationen nach uns als freie deutsche Männer und Frauen leben werden auf dieser Erde! Von jedem Einzelnen von Ihnen hängt das Mittragen dieses Geschicks ab.

Die Vertreter einer alten Tradition müßten sich darüber klar sein, daß es in Deutschland heute überhaupt keine Tradition irgendeines Kulturortes mehr geben würde, wenn der Nationalsozialismus nicht gekommen wäre und mit seinem Führer die Vernichtung des deutschen Volkes durch den Bolschewismus verhindert hätte!

Die Unabhängigkeit der Rechtspflege sei sichergestellt und niemand solle sich scheuen, diese Unabhängigkeit mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen.

Das Recht Deutschlands auf die Saar sei das ewige Recht der Mutter auf das Kind und dieses Recht könne von niemanden auf der Welt bestritten, angefochten oder gar vernichtet werden.

Gerade die Repräsentanten des Rechtes müßten in diesem Kampf immer wieder ihre Stimme erheben, denn es sei ihre Pflicht, leidenschaftliche Kämpfer der Rechtsnot unseres Volkes zu sein.

Die unfehlige Ueberfremdung des deutschen Gesetzes- und Rechtswesens ist heute überwunden. Heute müsse man sagen, deutsches Volk, du kannst an deine Juristen wieder glauben und wir werden uns gegen jedes Wort verwahren, das gegen die Juristen und ihre hohe Aufgabe ausgesprochen wird. Wir nationalsozialistischen Juristen sind Soldaten des Führers, sind Träger der Rechtsidee, der Rechtsordnung, der Rechtssicherheit der Nation und damit auch Träger des ewigen Bewusstseins unseres Volkes.